

Übersicht 25
des Rechtsausschusses
(12. Ausschuß)
über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen
vor dem Bundesverfassungsgericht

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
von einer Äußerung zu den nachstehend aufgeführten Streit-
sachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Bonn, den 5. November 1964

Der Rechtsausschuß

Hoogen

Vorsitzender

A. Aussetzungsbeschlüsse

Lfd. Nr.	BVerfG Az / Datum	Aussetzendes Gericht	Streitsachen
1138	2 BvL 8/64 23. 6. 64	Niedersächsisches Finanzgericht in Hannover 9. 4. 64	Herbeiführung einer Entscheidung darüber, ob die Rückwirkung der Vorschrift des Artikels 1 Ziff. 3 des Gewerbesteuer-Änderungsgesetzes vom 31. Juli 1963 auf den Erhebungszeitraum 1962 mit dem Grundgesetz vereinbar ist
1139	1 BvL 3/64 2. 7. 64	Oberlandesgericht Frankfurt (Main) 14. 5. 64	ob § 146 Abs. 1 BEG insofern, als hiernach Personengemeinschaften im Gegensatz zu natürlichen Einzelpersonen von der Entschädigung wegen Schadens an Eigentum und Vermögen ausgeschlossen sind, mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung gemäß Artikel 3 Abs. 1 GG vereinbar ist
1141	2 BvL 13/64 15. 7. 64	Finanzgericht Stuttgart 26. 5. 64	ob § 23 Abs. 1 EStG 1961 insoweit mit Artikel 1 GG vereinbar ist, als er die unwiderlegbare Vermutung aufstellt, daß jede Wiederveräußerung eines Wirtschaftsguts innerhalb der Fristen der Vorschrift ein Spekulationsgeschäft ist
1143	1 BvL 20/64 18. 8. 64	Sozialgericht Gelsenkirchen 11. 6. 64	ob § 65 Abs. 2 AVAVG mit Artikel 3 Abs. 1 GG insoweit vereinbar ist, als nach dieser Vorschrift eine Beschäftigung bei Eltern versicherungsfrei in der Arbeitslosenversicherung ist
1144	2 BvL 15/64 19. 8. 64	Verwaltungsgericht des Saarlandes 7. 7. 64	ob die Vorschrift des § 15 Abs. 2 Satz 1 des Saarländischen Ausführungsgesetzes zur Verwaltungsgerichtsordnung vom 5. Juli 1960 (Amtsblatt S. 558), nach der die Aufsichtsklage gegen den Beteiligten zu richten ist, der durch den Widerspruchsbescheid begünstigt ist, mit der Verwaltungsgerichtsordnung — insbesondere mit § 78 Abs. 1 VwGO — zu vereinbaren ist
1146	2 BvL 16/64 2 BvL 18/64 9. 9. 64	Bundesverwaltungsgericht 15. 7. 64	ob § 10 Abs. 4 Satz 1 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 9. August 1960 mit dem Grundgesetz vereinbar ist

B. Verfassungsbeschwerden

Lfd. Nr.	BVerfG Az / Datum	Verfassungsbeschwerde
1137	2 BvR 291/64 25. 6. 64	des Kaufmanns Josef Peter Hanraths gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf Az. (1) Ss 83/64 mittelbar gegen § 354 Abs. 2 Satz 2 StPO wegen Verletzung der sich aus Artikel 101 Abs. 1 Satz 2 GG ergebenden Garantie des gesetzlichen Richters
1140	1 BvR 583/63 2. 7. 64	des minderjährigen Carsten Kahl gegen das Urteil des Landgerichts Aachen vom 25. Oktober 1963 mittelbar gegen § 1708 BGB, wegen Verletzung des Artikels 6 Abs. 5 GG
1142	2 BvR 391/64 24. 7. 64	und Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung des Buchdruckers Dieter Kemp gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz vom 4. Mai 1964 wegen Verletzung des Artikels 103 Abs. 3 GG